Bundespräsidialamt Herrn Steinmeier Spreeweg 1

D - 10557 Berlin

per Fax: 0 30 181 0200 - 1999

<u>Verteiler:</u> Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrte Exzellenz Steinmeier,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

1	Hochachtungsvoll	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	

Bundeskanzleramt Frau Dr. Merkel Willy-Brandt-Straße 11 D - 10557 Berlin

per Fax: 0 30 18 4000 2357

Verteiler: Bundespräsident • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrte Exzellenz Dr. Merkel,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

	Hochachtungsvoll	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	

Herrn Bundesratspräsident Müller Leipziger Str. 3-4 D - 10117 Berlin

per Fax: 0 30 18 91 00 - 400

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident Michael Müller,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Hoch	achtungsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:

Herrn Bundestagspräsident Dr. Schäuble Platz der Republik 1 D - 11011 Berlin

per Fax: 0 30 227 76 744

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident Dr. Schäuble.

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspuch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

	Hochachtungsvoll	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat Innenminister Herrn Seehofer Alt-Moabit 140 D - 10557 Berlin

per Fax: 030 18 681-12 926

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Auswärtiges Amt • Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Herr Innenminister Seehofer,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

	Hochachtungsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:

Auswärtiges Amt Herrn Außenminister Maas Dienstsitz Berlin Werderscher Markt 1 D - 10117 Berlin

per Fax: 0 30 18 17- 34 02

Verteiler: Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Herr Außenminister Maas,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Hochachtu	ngsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:

Herrn Ministerpräsident

Ramelow Regierungsstraße 73

D - 99084 Erfurt

per Fax: 0 361 37 - 92 107

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Ramelow,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Н	ochachtungsvoll	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname. Vorname EStA-Nr.:	Familienname. Vorname EStA-Nr.:	

Herrn Ministerpräsident

Dr. Haselhoff Hegelstraße 40 - 42

D - 39104 Magdeburg

per Fax: 0 391 567 65 65

Verteiler: Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Haselhoff,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Hochad	chtungsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname. Vorname EStA-Nr.:

Herrn Ministerpräsident

Kretschmer Archivstraße 1

D - 01097 Dresden

per Fax: 0 351 564 10 25

Verteiler: Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmer,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch..

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Но	chachtungsvoll	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	

Herrn Ministerpräsident Hans Am Ludwigsplatz 14

D - 66117 Saarbrücken

per Fax: 0 681 501 12 62

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Hans,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab sem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

ŀ	Hochachtungsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:

Frau Ministerpräsidentin Dreyer Peter-Altmeier-Allee 1 D - 55116 Mainz

per Fax: 0 6131 16 47 71

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Hochad	chtungsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:

Herrn Ministerpräsident Laschet Wasserstraße 6 D - 40213 Düsseldorf

per Fax: 02 11 1 36 00 59

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Laschet,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Da gegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

ŀ	Hochachtungsvoll	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	

Herrn Ministerpräsident Weil

Plankstraße 2

D - 30169 Hannover

per Fax: 0511 1 20 68 30

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch..

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Hoch	achtungsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:

Frau Ministerpräsidentin

Schwesig Schloßstr. 2-4 D - 19053 Schwerin

per Fax: 0 385 - 588 10 09

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

ŀ	Hochachtungsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:

Herrn Ministerpräsident

Günther Düsternbrooker Weg 104

D - 24105 Kiel

per Fax: 0 431 988 19 60

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Günther,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Hocha	chtungsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:

Herrn Ministerpräsident

Bouffier Georg-August-Zinn-Str.1

D - 65183 Wiesbaden

per Fax: 0 611 32-36 87

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Bouffier,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Н	ochachtungsvoll	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familiannama Vornama EStA-Nr	Familiannama Vornama EStA-Nr	

Herrn Bürgermeister

Dr. Tschentscher Kurt-Schumacher-Alle 10 D - 20097 Hamburg

per Fax: 0 40 280 848 18

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Tschentscher,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

	Hochachtungsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:

Herrn Bürgermeister Dr. Sieling Am Markt 21 D - 28195 Bremen

per Fax: 0 421 496 61 32

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Sieling,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Нос	chachtungsvoll	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname Vorname FStA-Nr ·	Familienname Vorname FStA-Nr	

Herrn Ministerpräsident

Dr. Woidke Heinrich-Mann-Allee 107

D - 14473 Potsdam

per Fax: 0331 8 66 14 00

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Woidke,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

He	ochachtungsvoll	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname Vorname FStA-Nr ·	Familienname Vorname FStA-Nr	

Herrn Bürgermeister Müller

Jüdenstraße 1

D - 10178 Berlin

per Fax: 0 30 90 26 2013

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Müller,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Hochachtungsvoll		
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	

Herrn Ministerpräsident

Dr. Söder Franz-Josef-Strauß-Ring 1

D - 80539 München

per Fax: 089 29 40 44

Verteiler: Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsiden Dr. Söder,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Hochachtungsvoll		
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	

Herrn Ministerpräsident

Kretschmann Richard-Wagner-Straße 15

D - 70184 Stuttgart

per Fax: 0711 215 33 40

Verteiler: Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Hochachtu	ungsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:

Treaty Office
Directorate of Legal Advice
and Public International Law
Frau Präsidentin Vajić
F - 67075 STRASBOURG Cedex

per Fax: 00 33 2 230 94 62

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrte Frau Präsidentin Vajić,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Hoo	chachtungsvoll	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	

The White House Präsident Donald J. Trump 1600 Pennsylvania Avenue NW, Washington District of Columbia USA, Vereinigte Staaten

per Fax: 001 202 456 2461

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrte Exzellenz Präsident Donald J. Trump,

mit der freundlichen Bitte um Ihre gewogene Kenntnisnahme:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern die Bundesrepublik im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Hoch	achtungsvoll	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	

Russische Föderation Präsident Wladimir Wladimirowitsch Putin Alter Platz (Staraya ploschad), Haus Nr. 4 RUS - 103132 Moskau

per Fax: 007 (495) 606-48-55

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations • Ministerpräsidenten der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrte Exzellenz Präsident Wladimir Wladimirowitsch Putin.

mit der freundlichen Bitte um Ihre gewogene Kenntnisnahme.

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern die Bundesrepublik im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Hocha	chtungsvoll	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname. Vorname EStA-Nr.:	

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. Herrn Guterres Zimmerstraße 26/27

per Fax: 0 30 25 93 75 - 29

D - 10969 Berlin

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrte Exzellenz, Herr Guterres,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Hochach	ntungsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:

Rat der Europäischen Union Herrn Präsident Tusk Rue de la Loi/Wetstraat 175 B -1048 Bruxelles/Brussel Belgique/België

per Fax: 00 32 228 16 934

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrte Exzellenz, Herr Präsident Tusk,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern Sie im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Hocha	achtungsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:

Herrn Botschafter Dr. Heusgen 871 United Nations Plaza New York, NY 10017

per Fax: 001 212 940 0402

Verteiler: Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Repiblik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrte Exzellenz, Herr Dr. Heusgen,

zur Beachtung:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern die Bundesrepublik im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Hocha	chtungsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname Vorname FStA-Nr	Familienname Vorname FStA-Nr

Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Herrn Botschafter Richard Grenell Clayallee 170

D - 14191 Berlin

per Fax: 0 30 830 510 50

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Volksrepublik China • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrte Exzellenz, Botschafter Richard Grenell,

mit der freundlichen Bitte um Ihre gewogene Kenntnisnahme:

Wr, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern die Bundesrepublik im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

	Hochachtungsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:

Botschaft der Russischen Föderation Herrn Botschafter Sergej Jurjewitsch Netschajew Unter den Linden 63-65

D - 10177 Berlin

per Fax: 0 30 229 93 - 97

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Volksrepublik China • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrte Exzellenz Botschafter Sergej Jurjewitsch Netschajew,

mit der freundlichen Bitte um Ihre gewogene Kenntnisnahme:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern die Bundesrepublik im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Н	ochachtungsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:

Botschaft der Republik Polen Herrn Botschafter Andrzej Przyłębski Lassenstraße 19-21

D - 14193 Berlin

per Fax 030 / 223 13 155

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrte Exzellenz Botschafter Andrzej Przyłębski,

mit der freundlichen Bitte um Ihre gewogene Kenntnisnahme:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern die Bundesrepublik im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Hocha	achtungsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname. Vorname EStA-Nr.:

Botschaft des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland Herrn Botschafter Sir Sebastian Wood Wilhelmstraße 70/71

D - 10117 Berlin

per Fax: 0 30 20 45 75 71

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations • Ministerpräsident/-in der Bundesländer Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Französische Republik • Volksrepublik China • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrte Exzellenz Botschafter Sir Sebastian Wood,

mit der freundlichen Bitte um Ihre gewogene Kenntnisnahme:

wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern die Bundesrepublik im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Н	ochachtungsvoll	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	

Botschaft der Französischen Republik Frau Botschafterin Anne-Marie Descôtes Pariser Platz 5 D - 10117 Berlin

per Fax: 0 30 5 900 391 -10

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Volksrepublik China • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrte Exzellenz, Botschafterin Anne-Marie Descôtes,

mit der freundlichen Bitte um Ihre gewogene Kenntnisnahme:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern die Bundesrepublik im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

	Hochachtungsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:

Botschaft der Volksrepublik China Herrn Botschafter Shi Mingde Märkisches Ufer 54

D - 10179 Berlin

per Fax: 0 30 275 88 221

Verteiler: Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrte Exzellenz Botschafter Shi Mingde,

mit der freundlichen Bitte um Ihre gewogene Kenntnisnahme:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern die Bundesrepublik im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

н	lochachtungsvoll	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	

Zentralrat der Juden in Deutschland Leo-Baeck-Haus Herrn Präsident Dr. Schuster Postfach 04 02 07

D - 10061 Berlin

per Fax: 0 30 28 44 56 - 13

Verteiler: Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD

Sehr geehrter Herr Dr. Schuster,

mit der freundlichen Bitte um Ihre gewogene Kenntnisnahme:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern die Bundesrepublik im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Hochach	tungsvoll
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:

Bevollmächtigter des Rates der EKD Herrn Dr. Dutzmann Charlottenstr. 53/54

D - 10117 Berlin

per Fax: 0 30 20 355 100

Verteiler: Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Apostolische Nuntiatur • Zentralrat der Juden

Sehr geehrte Exzellenz Dr. Dutzmann,

mit der freundlichen Bitte um Ihre gewogene Kenntnisnahme:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern die Bundesrepublik im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Ho	ochachtungsvoll	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:	

Apostolische Nuntiatur Herrn Erzbischof Dr. Eterović Lilienthalstraße 3A D - 10965 Berlin

per Fax: 0 30 61 62 43 00

<u>Verteiler:</u> Bundespräsident • Bundeskanzleramt • Bundesratspräsident • Bundestagspräsident • Bundesministerium des Inneren • Auswärtiges Amt • Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations • Ministerpräsident/-in der Bundesländer • Präsident des Europarates • Treaty Office Directorate of Legal Advice and Public International Law • Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. • Russische Föderation • The White House – Washington DC. • Botschafter der Staaten (USA • Russische Föderation • Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland • Französische Republik • Republik Polen) • Der Bevollmächtigte des Rates der EKD • Zentralrat der Juden

Sehr geehrte Exzellenz, Herr Erzbischof Dr. Eterović,

mit der freundlichen Bitte um Ihre gewogene Kenntnisnahme:

Wir, Männer und Weiber, indigene Deutsche, mit festgestellter Staatsangehörigkeit unserer Person nach Abstammung (siehe Register EStA – Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), setzen Sie hiermit form- und fristgerecht darüber in Kenntnis, dass wir im Namen unseres Landes dem "Globalen Pakt für Migration / Global compact for migration" nicht zustimmen: Dieser soll ab dem 10. Dezember 2018 ohne jedwede Zustimmung und entgegen den Interessen der indigenen deutschen Bevölkerung in Marrakesch / Marokko unterzeichnet werden. Dagegen erheben wir hiermit ausdrücklich und vollumfänglich

Widerspruch.

Auch wir lehnen diesen Pakt entschieden ab, so wie ihn bereits die USA, Ungarn und Australien abgelehnt haben! Wir fordern die Bundesrepublik im Namen der Demokratie unmissverständlich auf, die geplante Unterzeichnung ab Dezember 2018 in Marokko zu unterlassen, jetzt, künftig und sonst wo.

Die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik der Entscheidungsträger der Bundesrepublik / Germany ist de facto rechtswidrig, weil aus falsch verstandener Rücksicht auf Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen unsere eigenen Werte und Bräuche immer mehr zurückgedrängt und verleugnet werden.

Das erkennbare Ziel ist, die demographische Zusammensetzung Deutschlands, in der die deutschstämmige Bevölkerung ansässig ist, durch Umsiedlung und Sesshaftmachung von Siedlern (sogenannte "Flüchtlinge"), zu ändern. Das hat mittlerweile dazu geführt, dass Migranten unserem historisch gewachsenen Wertesystem zunehmend den gebührenden Respekt verweigern, was eine Vielzahl sogenannter "Einzelfälle" eindeutig belegt. Das ist rechtswidrig, was die "Entschließung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 17.04.1998 in Art. 6", belegt und was einem Völkermord an den Deutschen gleichkommt. Daher ist allen indigenen Deutschen die Umsetzung, Inanspruchnahme und Durchsetzung des Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz dringend geboten. Wir indigene Deutsche fordern die Bundesregierung und alle Entscheidungsträger im Land auf, ihr rechtswidriges Handeln zu beenden.

Hochachtungsvoll	
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.:
Familienname, Vorname EStA-Nr.:	Familienname, Vorname EStA-Nr.: